

Unterrichtung

Hannover, den 08.10.2026

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Beschlüsse zu Eingaben im 37. Tagungsabschnitt

Der Landtag hat folgende Beschlüsse zu Eingaben gefasst:

1. Zu Gesetzen:

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und zur Verbesserung der bäuerlichen Agrarstruktur in Niedersachsen und zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8144

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Drs. 19/11732

01460/07/19, Niedersächsisches Agrarstruktursicherungs- und Agrarstrukturverbesserungsgesetz - NASVG:

Die Eingabe wird mit Verabschiedung des Gesetzentwurfs für erledigt erklärt.

2. Zu Anträgen:

Schwimmen lernen - Leben retten. Flächendeckende Unterstützung beim Schwimmenlernen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/10674

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 19/11641

01479/02/19, Maßnahmen zur Schwimmförderung und Unfallprävention im Wasser:

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

Reform der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe stoppen - politische Bildung stärken - Allgemeinbildung sichern!

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/9904

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 19/11694

01951/04/19, Geplante Oberstufenreform - Erhalt des Unterrichtsfaches Politik-Wirtschaft als Pflichtfach in der gymnasialen Oberstufe:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

3. Zur 32. Eingabenübersicht:

Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses - Drs. 19/11670

Petitionsausschuss**57. Sitzung am 23.09.2026**

1. **01836/11/19** Digitalisierung des Prozesses zur Einreichung von Wahlunterlagen der Kandidatinnen und Kandidaten:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen.
Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
2. **01719/11/19** Beschwerde über den Landesbeauftragten für den Datenschutz wegen fehlenden Tätigwerdens in einer datenschutzrechtlichen Angelegenheit:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
3. **01734/11/19** Gewährung einer Beihilfe nach Ablauf der Ausschlussfrist durch das Nds. Landesamt für Bezüge und Versorgung:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
4. **01751/11/19** Programmgestaltung im öffentlich rechtlichen Fernsehen bzw. Anteil von Sportbeiträgen im Gesamtprogramm:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
5. **01753/11/19** Stärkung des Bodenschutzes:
 - a) Obergrenze für Flächenneuinanspruchnahme und Flächenneuversiegelung
 - b) Schutz hochwertiger Acker- und Grünlandflächen
 - c) Begrenzung der Geltungsdauer von Flächennutzungsplänen
 - d) Zulassen von Bürgerbegehren bei der Bauleitplanung:Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
6. **01755/11/19** Beschwerde über das Verhalten von Mitarbeitern der Stadt Delmenhorst:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
7. **01757/11/19** Rentenanpassung durch das Altersversorgungswerk der Zahnärztekammer Niedersachsen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
8. **01765/11/19** Verkehrsbehördliche Regelungen durch den Landkreis Verden im Zusammenhang mit einem unbeschränkten Bahnübergang im Bereich der Gemeinde Kirchlinteln:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
9. **01769/11/19** Ermächtigung als Diplom-Übersetzerin:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
10. **01781/11/19** Erhebung einkommensunabhängiger Höchstbeiträge durch die Ärzteversorgung Niedersachsen während der Corona-Pandemie:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

11. **01785/11/19** Beschwerde über das Verhalten von Mitarbeitern des Ordnungsamtes der Stadt Hannover:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
12. **01794/11/19** Justizvollzug:
a) Wiedereingliederung,
b) Haftsituation und Freizeitangebote,
c) Umgang mit Drogenkonsumenten,
d) Vollzugsplanung,
e) Verlegung in eine andere Anstalt
f) medizinische Versorgung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
13. **01801/11/19** Beschwerde über einen Schornsteinfeger und den Landrat des Landkreises Cuxhaven:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
14. **01805/11/19** Erhalt und konzeptionelle Weiterentwicklung von Tagesbildungsstätten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
15. **01806/11/19** Behandlung in der Paracelsus Klinik am Silbersee Langenhagen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
16. **01811/11/19** Begrenzung der Heckenhöhe zu Nachbargrundstück an Ausfahrten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
17. **01815/11/19** Beschwerde über den Landesbeauftragten für den Datenschutz wegen ausbleibenden Tätigwerdens in einer datenschutzrechtlichen Angelegenheit – Weitergabe einer E-Mail-Adresse durch eine Hausverwaltung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
18. **01819/11/19** Anerkennung des Dienstverhältnisses „Soldat auf Zeit“ als berufsbezogener Teil zum Erwerb der Fachhochschulreife:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
19. **01838/11/19** Beschwerde über Altersobergrenze von Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten in Niedersachsen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
20. **01853/11/19** Einbürgerungsverfahren beim Landkreis Schaumburg:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
21. **01860/11/19** Grundsicherung; Angemessenheit der Bedarfe der Unterkunft und Kürzung von Leistungen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
22. **01872/11/19** Beschwerde über die Bearbeitung von Eingaben durch das Nds. Justizministerium:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
23. **01893/11/19** Einführung eines verpflichtenden KiTa-Jahres vor der Einschulung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
24. **01894/11/19** Justizvollzug: Bitte um Begnadigung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

25. **01900/11/19** Überprüfung der Rechnung für einen Krankentransport durch den Landkreis Göttingen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
26. **01908/11/19** Herausgabe der in einem Ermittlungsverfahren beschlagnahmten Computer:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
27. **01909/11/19** Aufenthaltsrecht für einen ausländischen Staatsangehörigen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
28. **01916/11/19** Unterhaltsheranziehung durch den Landkreis Schaumburg:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
29. **01919/11/19** Justizvollzug:
a) Lockerungen,
b) Vollzugsplan,
c) medizinische Versorgung (Medikation mit Cannabis),
d) Haftsituation:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
30. **01946/11/19** Auslegung und Anwendung der Remonstrationspflicht nach dem Beamtenstatusgesetz:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
31. **01954/11/19** Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung von Zecken:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
32. **01955/11/19** Hilfe für Menschen mit Myalgischer Enzephalomyelitis / Chronischem Fatigue-Syndrom (ME/CFS):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
33. **01958/11/19** Inobhutnahme des Kindes durch das Jugendamt des Landkreises Cuxhaven:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
34. **01960/11/19** Regelungen zur Nutzung von Flaggen und Nationalfarben im öffentlichen Raum sowie zum Schutz der Bundesflagge:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
35. **01966/11/19** Justizvollzug: Durchführung von Urinkontrollen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
36. **01970/11/19** Beschwerde über das Verhalten der Polizei Lingen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
37. **01988/11/19** Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Kritik am Fernsehrat:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
38. **02062/11/19** Aufhebung von Wohnsitzauflagen und Bitte zur Umverteilung nach Hannover:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

39. **01858/11/19** Beschwerde über die Ausländerbehörde der Stadt Osnabrück in Bezug auf die Bearbeitung eines Antrages auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis:
- Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
40. **01879/11/19** Justizvollzug: Verwendung bzw. Verrechnung von Hausgeld:
- Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
41. **01704/11/19** Sorgerechtsangelegenheit:
- Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
42. **01803/11/19** Verletzung der Rechtsschutzgarantie in mehreren Verfahren:
- Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
43. **01816/11/19** Medizinische Begutachtungen und sprachliche Unterstützung in einem Verfahren vor dem Amtsgericht Tostedt:
- Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
44. **01839/11/19** Beschwerde gegen einen Beschluss des Oberlandesgerichts Oldenburg:
- Der Landtag sieht, soweit gerichtliche Entscheidungen beanstandet werden, keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden, da derartige Entscheidungen aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Überprüfung durch das Parlament entzogen sind. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
45. **01840/11/19** Vorwurf einer Datenschutzverletzung gegen das Oberlandesgericht Oldenburg:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden.
46. **02042/11/19** verschiedene Anfragen zum Tötungsdelikt in einer Jugendhilfeeinrichtung in Stade:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich im Rahmen eines parlamentarischen Eingabeverfahrens für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.
47. **01756/11/19** Erhebung von Grundrechtsklagen:
- Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.